

# REFORMEN MUSS MAN RICHTIG MACHEN!

# Wie wars mit Hartz?

Exakt zwei Jahre sind seit der Medien-Präsentation des Hartz-Konzeptes mit dem letzten Bundestagswahlkampf vergangen - und dennoch bleibt die Massenarbeitslosigkeit auch im Sommer 2004 die größte Herausforderung unseres Landes.

Anstatt dem Ziel Vollbeschäftigung ein Stück näher zu kommen, hat

sich die Beschäftigungskrise weiter verschärft: Mehr Menschen sind in Deutschland arbeitslos, weniger offene Stellen bieten die Chance auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Weniger Menschen haben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, mehr junge Leute finden keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Mehr Unternehmen melden Insolvenz an, weniger potentielle Unternehmer wagen ohne Staatszuschuss den Schritt in die Selbstständigkeit. Weniger Geld fließt aus dem Bundeshaushalt in die Zukunftsinvestitionen,

vergangen zwei Jahre um über 500.000 zurückgegangen. Das bedeutet: An jedem einzelnen Tag seit Verkündung des Hartz-Papiers vor 731 Tagen sind durchschnittlich über 460 neue Arbeitslose hinzugekommen und rund 1.547 sozialversicherungspflichtige Jobs verloren gegangen. Seit dem 16. August 2002 haben Unternehmen aufgrund der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland täglich über 220 offene Stellen zusammengestrichen. Dies sind die nüchternen Fakten. Die Union hat konkrete Konzepte zur Erneuerung der Sozial- und Arbeitsmarktgesetze vorgelegt und sich in

mehr wird für kurzfristigen Staatskonsum verpulvert. Noch niemals gab es seit der Wiedervereinigung in einem Juli so viele Arbeitslose und so wenige offene Stellen wie in diesem Jahr. Gleichzeitig sind im Vergleich zwischen August 2002 und 2003 über 1,1 Millionen weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Lohn und Brot. Trotz aller Ich-AG's ist auch die Zahl der Erwerbstätigen in den

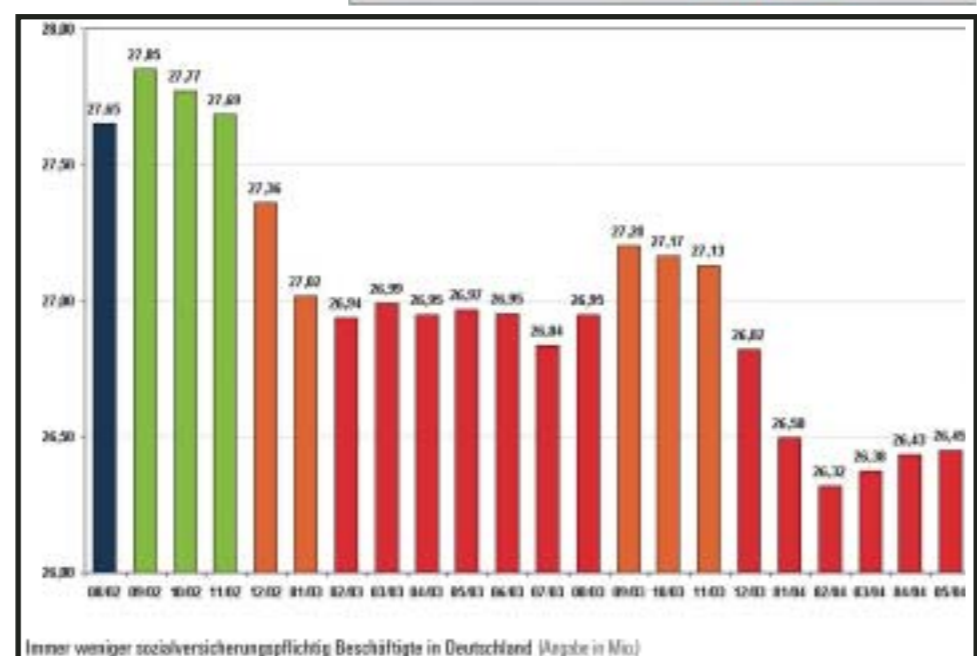
Ziel der Hartz-Kommission	Amtliche Ergebnisse der Hartz-Maßnahmen
Personal-Service-Agenturen Jährlich 350.000 neue sozialversicherungspflicht. Jobs	15.622 Jobs
Ich-AG: Jährl. 500.000 Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit	180.370 Unternehmensgründungen
Kapital für Arbeit Jährl. 120.000 neue Jobs	12.862 Jobs

handwerkliche und verwaltungstechnische Umsetzung aber trägt naturgemäß die Bundesregierung. Rot-Grün verstolpert und verzettelt sich hier. Die Reformen der Bundesregierung gehen zwar grundsätzlich in die richtige Richtung, greifen aber deutlich zu kurz. Mit dem Arbeitsrechtmodernisierungsgesetz (Drs. 15/1182) hat die Union ein umfassendes Reformgesetz vorlegt. Dazu gehört die Modernisierung und Entbürokratisierung zahlreicher Rechtsvorschriften.

Den „20-Punkte-Plan der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Reform des Arbeitsmarktes“ finden Sie unter [www.cducs.de](http://www.cducs.de).

grundsätzlichen Punkten an den Reformen beteiligt. Die

16. August 2002 Verkündung Hartz-Konzept	16. August 2004 Amtl. Arbeitsmarktdaten
4,018 Mio. Arbeitslose in Deutschland	4,359 Mio. Arbeitslose <b>341.735 mehr</b>
1,387 Mio. Arbeitslose in Ostdeutschland	1,600 Mio. Arbeitlose <b>213.128 mehr</b>
27,580 Mio. sozialvers.pfl. Jobs	26,449 Mio. sozialvers.pfl. Jobs <b>1.130 Mio. weniger</b>
38,692 Mio. Erwerbstätige	38,183 Mio. <b>509.000 weniger</b>
458.004 offene Stellen	296.588 offene Stellen <b>161.416 weniger</b>



# CDU-ALTERNATIVEN +++ CDU-ALTERNATIVEN +++ CDU-ALTERNATIVEN +++ CDU-ALTERNATIVEN

- 1. Einstellungen erleichtern:** Wir wollen, dass Menschen die Arbeit suchen, nicht am starren Kündigungsschutz in Deutschland scheitern. Deshalb wollen wir bei Neueinstellungen die Vorschriften flexibler machen. Für bestehende Arbeitsverhältnisse ändert sich beim Kündigungsschutz nichts.
- 2. Leistung belohnen:** Wir wollen auch niedriger entlohnte Arbeit attraktiver machen. Denn wer arbeitet, soll mehr Geld haben, als wenn er nicht arbeitet.
- 3. Lohnnebenkosten senken:** Arbeit ist in Deutschland

- zu teuer. Hauptgrund: Die Finanzierung der Sozialsysteme belastet die Arbeitskosten. Wir müssen diese Lohnnebenkosten senken – so können Unternehmen billiger produzieren und Arbeitnehmer haben mehr Netto vom Brutto. Deshalb wollen wir die Kosten für die Krankenversicherung von den Löhnen abkoppeln.
- 4. Betriebliche Bündnisse für Arbeit stärken:** Wir wollen, dass Betriebsräte und Unternehmensleitungen eigenständig und einvernehmlich vom Tarifvertrag abweichen können. Dort, wo

- längere Arbeitszeiten Arbeitsplätze sichern, müssen solche Vereinbarungen möglich sein.
- 5. Steuern vereinfachen:** Wir wollen, dass jeder seine Steuererklärung selbst machen kann und ungesicherte Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Von jedem dazu verdienten Euro sollen die Menschen wieder mehr in der eigenen Tasche behalten.
- 6. Bürokratie abbauen:** Wir wollen dafür sorgen, dass Existenzgründer schneller vorankommen und damit neue Arbeitsplätze entstehen. Es kann nicht dabei bleiben,

- dass eine Unternehmensgründung in Deutschland 42 Tage dauert, in Dänemark und Großbritannien aber nur drei bis vier Tage.
- 7. Aufbau Ost vorantreiben:** Wir wollen, dass die ostdeutschen Bundesländer ihre eigenen Stärken ausspielen können. Deshalb sollen sie die Möglichkeit erhalten, von nationalen bürokratischen Vorschriften, z.B. bei Genehmigungen, abzuweichen.
- 8. Zukunftstechnologien fördern:** Wir wollen, dass Staat und Wirtschaft wieder mehr Geld in Forschung und Technolo-

- gie investieren. Forschungsergebnisse müssen schneller in neue Produkte für den internationalen Markt umgesetzt werden.
- 9. Ausbildung verbessern:** Wir wollen, dass jeder junge Mensch, der dies kann und will, ein Ausbildungsangebot erhält. Die Betriebe müssen bei der Schaffung neuer Lehrstellen unterstützt werden, auch mit kürzeren und moderneren Ausbildungsgängen. Vor allem brauchen wir wieder mehr und neue Unternehmen, die ausbilden. Dafür brauchen wir mehr Wachstum.

## ROT-GRÜNE HALBZEITBILANZ

# Platzverweis nötig!

Zur Halbzeit der Legislaturperiode hat CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer der Bundesregierung ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Schröder kapituliere vor den Problemen in Deutschland und vor dem linken Flügel seiner Partei, sagte Generalsekretär Meyer. Für die nächsten zwei Jahre sei „Nichtstun die neue Parole“. Sämtliche Kennziffern bewiesen, das unser Land heute schlechter dastehe als vor sechs Jahren. Jeden Tag gingen über 1000 Arbeitsplätze verloren, sagte Meyer weiter. Unter dem Strich gebe es derzeit 1,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weniger als 2002. Mehr noch: Pro Jahr verabschiedeten sich 40.000 Unternehmen in die Insolvenz - ein Drittel mehr als 1998. Als Grund für die Misere nannte der Generalsekretär die „ideenlose und kontraproduktive Wirtschaftspolitik“, die die Menschen immer weiter verunsicherten. Anstatt zu investieren und zu konsumieren, hielten Unternehmen wie Bürger lieber ihr Geld zusammen und warteten auf bessere Zeiten. Angesichts dieser „schlimmsten Wirtschaftskrise seit 1945“ unternehme Rot-Grün nichts, um Deutschland aus dieser Si-

tuation herauszuführen. Die öffentlichen Investitionen würden weiter sinken, insbesondere die „Ausgaben für Bildung und Forschung liegen heute um ein Fünftel unter denen von 1998“. Die Verschuldung auf Rekordniveau trage ein Übriges dazu bei, dass die Chancen unserer Kinder und Enkel immer weiter eingeschränkt würden. In diesem Zusammenhang forderte der Generalsekretär den Kanzler auf, klar zu sagen, was die Bundesregierung in den kommenden Monaten zur Besserung der miserablen Ausgangssituation in Deutschland unternehmen wolle. „Deutschland und die Menschen in diesem Land haben etwas Besseres verdient als eine Neuauflage der ‚Politik der ruhigen Hand‘“, bekräftigte Meyer. Als aktuelle Beispiele für das Regierungschao nannte der Generalsekretär die Hartz-IV-Reform und die Bürgerversicherung. Zwar trage die Union die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit, aber für die „dilettantische

Umsetzung durch die Bundesregierung“ lasse sie sich nicht in Haftung nehmen. Während der Kanzler den Aufbau Ost einst zur Chefsache erklärt habe, Sorge das Unvermögen seiner Regierung jetzt dafür, dass „Rattenfänger von rechts und links“ die Entfremdung zwischen Ost und West weiter vorantreiben könnten. Auch die von der SPD favorisierte Bürgerversicherung sei ein Zeichen für das handwerkliche Unvermögen der Bundesregierung. Der „wohlklingende Begriff“ eigene sich hervorragend, um die SPD-Linke zu beruhigen, erklärte Meyer. Je mehr die Katze jedoch aus dem Sack komme, desto sichtbarer werde ein „räudiger Kater“. Alle Fachleute, selbst der Sachverständigenrat der Bundesregierung, rieten von der Einführung des SPD-Modells ab, da es eine Milli-

on Arbeitsplätze kosten werde. Aus ideologischen Gründen werde das Projekt jedoch am Leben erhalten, betonte Meyer. In Wahrheit handele es sich bei der Bürgerversicherung um eine „Sondersteuer für kleine und mittlere Einkommen“. Laurenz Meyer verwies darauf, dass es den Menschen überall da, wo die Union regiere, besser gehe. Hierzu stellte er einen Ländervergleich mit den entsprechenden Zahlen und Fakten vor. So zeige die PISA-Studie, dass von den sechs besten Bundesländern fünf eine Unions-Regierung hätten. Außerdem liege die Ar-

beitslosenquote der SPD-regierten Länder im Durchschnitt des vergangenen Jahres um mehr als zwei Prozentpunkte über der der CDU-regierten Länder. Allein diese Bilanz zeige: „Rot-Grün gehört vom Platz gestellt“. Jeder weitere Tag mit dieser Bundesregierung sei ein verlorener Tag für Deutschland.

